

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Druckerei  
und die Anzeigenabteilung entgegen.  
— Erscheint wöchentlich.  
Preis pro Stück 10 Pf.

Bestellungen für den Abdruck  
von Anzeigen und Inseraten  
nehmen die Druckerei entgegen.  
— Erscheint wöchentlich.  
Preis pro Stück 10 Pf.

Telegramme: Kegelblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1006

Nr. 10

Mittwoch, den 13. Januar 1932

27. Jahrgang

### Die Tributabsage im Echo der Weltöffentlichkeit

#### Viel Verständnis für Deutschland

Berlin, 11. Januar. In politischen Kreisen wird das Echo, das die Erklärung des Reichstanzlers über die deutsche Zahlungsunfähigkeit in der Weltöffentlichkeit gefunden hat, sehr aufmerksam verfolgt. Die Erklärung stößt in erster Linie auf die objektive Unfähigkeit Deutschlands, Reparationszahlungen zu leisten, und weiter auf die Schlussfolgerungen des Baseler Gutachtens. Offenbar scheint aber der zuerst sehr erregte Ton in der französischen Öffentlichkeit einer ruhigeren Überlegung Platz gemacht zu haben. Die zunächst aufgetauchten Drohungen, Frankreich habe nunmehr keine Verantwortung, nach Lausanne zu gehen, dürften wohl kaum ernst gemeint sein. Auch hinsichtlich der weiteren Drohungen, Frankreich werde den Rediskontkredit nicht verlängern, ist man in hiesigen politischen Kreisen der Auffassung, daß die Entscheidung darüber nicht allein bei Frankreich liegt, da Frankreich ja nur ein Viertel des insgesamt 400 Millionen betragenden Rediskontkredits zur Verfügung gestellt hat.

#### Italiens Haltung

Rom, 11. Januar. Der Vorsitzende des Baseler Sonderausschusses, Beneduce, hatte heute vormittag mit dem italienischen Außenminister Grandi eine längere Unterredung. Beneduce begibt sich heute Abend nach Paris, wo in den nächsten Tagen Verhandlungen über das Reparationsproblem zwischen den Sachverständigen Frankreichs, Englands und Italiens stattfinden. In hiesigen unterrichteten Kreisen wird es als nicht ausgeschlossen betrachtet, daß auch noch ein Gedankenaustausch zwischen Italien und deutschen Sachverständigen erfolgen wird. Die Entwicklung, die die Reparationsfrage mit dem Interim des Reichstanzlers an das I.T.B. genommen hat, war — wie weiter erklärt wird — von der italienischen Außenpolitik seit einiger Zeit in den Bereich der Möglichkeit gezogen worden. Man verweist darauf, daß Italien stets großes Verständnis für die Deutschland aus dem Reparationsproblem entstandenen Schwierigkeiten aufgebracht hat. Die Erklärungen des Reichstanzlers seien infolgedessen ohne Nervosität aufgenommen worden. Man verweist ferner darauf, daß Italien immer die enge Verflechtung der in den letzten Jahren entstandenen Wirtschaftsprobleme vertreten hat und daß in den politischen Richtlinien der italienischen Außenpolitik in Bezug auf diese Frage eine Veränderung nicht eingetreten ist. Italien habe immer die Notwendigkeit einer großzügigen Lösung des Reparations- und Schuldenproblems verfochten und sei trotz der damit verbundenen Opfer für eine mutige Lösung dieser Frage.

#### „Ein Hieb auf den Knoten“

„Gerald Tribune“ über die amerikanische Auffassung in der Reparationsfrage

New York, 11. Januar. Unter der Überschrift „Ein Hieb auf den Knoten“ betont „Gerald Tribune“ in einem Leitartikel, die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit, weitere politische Schulden zu zahlen, seien durch zu viele Angelegenheiten angeblüht gewesen, um als völlige Übertragung zu kommen. Wende man sich von der französischen Pose verletzter Gütgläubigkeit zu der Aufnahme, die die Erklärungen Brünings bei den Baseler Finanzsachverständigen gefunden hätten, so sei offenbar, daß die nunmehr eingetretene Entwicklung nicht außerhalb von deren Berechnungen gelegen sei. Die Vertreter des Schatzamtes der Vereinigten Staaten belagerte Äußerung, daß der deutsche Schritt schon im letzten Jahre irgendwann einmal hätte kommen können, legt die Vermutung nahe, daß man auch in diesen Kreisen vorbereitet gewesen sei. So gut vorbereitet allerdings die Finanzwelt auf die Erklärungen Dr. Brünings gewesen sei, so dürfte doch nicht angenommen werden, daß die amerikanische Ansicht der deutschen Annahme zustimme, daß nunmehr das Ende der Reparationen gekommen sei.

New York, 11. Januar. „Newport Times“ schreibt in einem Leitartikel, Brünings Erklärung in der Reparationsfrage sei nicht so zu verstehen, daß Deutschland nicht zahlen wolle, sondern daß es nicht zahlen könne. Demgegenüber müsse Frankreich eine Lösung finden, die die Rechte, die auf dem Reparationsanspruch beruhe, und die Punkte, die geneigt sei, die Reparationen gegen gewisse Konzessionen zu beenden, einle.

#### Englische Blätter begrüßen Deutschlands Auffassung

London, 11. Januar. Die Erklärungen des deutschen Reichstanzlers über die Reparationsfrage werden von allen Blättern in Leitartikeln erörtert. Die Führer der Sozialistischen und der Liberalen Partei begrüßen die Erklärung. So sagt das „Arbeiterblatt“, „Daily Herald“: Dr. Brünings Erklärung ist eine richtige Einleitung zur Konferenz von Lausanne. Jeder mit Wirtschaftswissen begabte Politiker und Staatsmann weiß, daß Deutschland nie wieder Reparationen bezahlen wird. Deutschland hat nichts weiter getan, als einer hinfälligen Maschinerie ein Ende gemacht. Von einer geschlossenen Front der Gegenseite kann keine Rede sein. Den gleichen Gedanken äußert auch „News Chronicle“ und bemerkt: Die Engländer haben die Reparationsstrafen herzlich satt und freuen sich, daß Deutschland „den Knoten angeknüpft“ hat. Auch die drei großen konservativen Blätter zeigen großes Verständnis für die deutschen Argumente. „Times“ bemerkt, wenn man die Erklärung Dr. Brünings lediglich als Mittelglied der Auffassung betrachte, die Deutschland in Lausanne vertreten werde, dann enthalte sie nichts Besondere Neues oder Beden-

rohendes. Jeder Kenner des Baseler Gutachtens müßte erwarten, daß Deutschland völlige Beseitigung der Reparationen fordern werde. Die Hauptfrage für die Lausanner Konferenz sei, ob es irgendeine wirkliche Aussicht auf Erholung Deutschlands gebe, solange über seinem Kopf die Möglichkeit schwebt, zur Wiederaufnahme der Zahlungen aufgefordert zu werden. Von der Lösung dieses Problems hänge so viel für Deutschland wie für seine Gläubiger ab, daß es bei der Erörterung keine politische Erwägung irgendwelcher Art geben dürfe. Es komme nur auf wirtschaftliche Realitäten an. „Daily Telegraph“ sagt: Daß Deutschland jetzt keine Reparationen bezahlen kann, ist klar genug, aber daß es unfähig sein wird, in drei oder fünf Jahren etwas zu bezahlen, kann heute niemand behaupten. „Morning Post“ drückt die Befürchtung aus, daß jeder Verweigerung der Zahlung der politischen Schulden eine Verweigerung der Zahlung der kommerziellen Schulden folgen könne. Von den unabhängigen Wätern vertritt „Daily Mail“ die Ansicht, daß Frankreich schließlich einer wesentlichen Herabsetzung der Reparationen zustimmen werde.

#### Die Einstellung des englischen Kabinetts zu den Erklärungen Dr. Brünings

London, 2. Januar. Unter Bezugnahme auf die gestrige Kabinettsitzung, auf der auch die Erklärung Dr. Brünings zur Reparationsfrage zur Sprache kam, sagt der parlamentarische Korrespondent der „Times“: Die Minister sind keineswegs der Meinung, daß die Erklärung des deutschen Reichstanzlers als eine Drohung oder ein Ultimatum ausgelegt werden könne. Man betrachte sie lediglich als die Wiedergabe der Auffassung der deutschen Regierung über die Lage, die durch den Bericht des Baseler Sachverständigenausschusses entwickelt worden ist. Die Erklärung des Premierministers, daß die Ereignisse des Wochenendes die Haltung der Lausanner Konferenz notwendiger denn je gemacht haben, ist nach Beratung mit Sir John Simon und Neville Chamberlain abgelesen worden und hat die volle Unterstützung des ganzen Kabinetts gefunden. Die einzige Sorge der Minister ist jetzt, daß die Konferenz nicht noch einmal über den 25. Januar hinaus verschoben wird. Gestern wurde in amtlichen Londoner Kreisen mitgeteilt, daß alle interessierten Mächte ihr Einverständnis mit dem Datum erklärt haben.

#### Zur Reichspräsidentenwahl:

### Ablehnung des Kanzlervorschlages

durch Hitler und Hugenberg — Gegen den parlamentarischen Weg der Amtszeit Hindenburgs — Die Frage der Volkswahl

#### Einigung zwischen Hitler und Hugenberg

Berlin, 11. Jan. Wie wir erfahren, hat die angefangene Besprechung zwischen Adolf Hitler und Dr. Hugenberg heute nachmittag stattgefunden. Sie dauerte bis in den Abend hinein. Wie in den beteiligten Kreisen verlautet, hat sie zu einer Einigung geführt. — Die beiden Parteiführer werden dem Reichstanzler in einem Schreiben mitteilen, daß sie den verfassungswidrigen, also den parlamentarischen Weg einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten ablehnen. In unterrichteten Kreisen rechnet man aber damit, daß die Antwort die Möglichkeit einer Volkswahl Hindenburgs auf breiter Basis nicht verschließt. Man rechnet damit, daß die Antwort noch heute abend überreicht wird und im Laufe des späteren Abends auch veröffentlicht wird.

#### Die Antwort der Rechten

Berlin, 11. Januar. Wie wir erfahren, werden die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen die Antwort auf die Frage des Kanzlers wegen der Amtszeit des Reichspräsidenten getrennt erteilen. Die beiden Schreiben stimmen in der Ablehnung des parlamentarischen Weges der Verlängerung überein, dagegen ist anzunehmen, daß die Frage der Volkswahl taktisch verschieden behandelt wird. In deutschnationalen Kreisen stellt man sich auf den Standpunkt, daß der Kanzler nur eine konkrete Frage gestellt hat, nämlich die nach der parlamentarischen Lösung, und daß deshalb auch nur hierauf eine Antwort zu geben sei. Dagegen ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß in dem Schreiben Adolf Hitlers die Möglichkeit der Volkswahl berührt wird, so daß damit ein direkter Anknüpfungspunkt für weitere Verhandlungen nach dieser Richtung hin gegeben sein dürfte. Wie die Dinge sich weiter entwickeln werden, läßt sich erst übersehen,

#### Eine französische Stimme

Paris, 11. Januar. „La Volonté“ erklärt: Man muß darauf hinweisen, daß der deutsche Regierungschef laut heraus erklärt hat, was jeder Deutsche bei sich denkt, und was Millionen Menschen in der ganzen Welt einschließlich vieler Franzosen meinen. Gewiß, wenn der Reichstanzler erklärt hätte, daß sein Land bereits jetzt entschlossen sei, nichts mehr, überhaupt niemals mehr einen Pfennig für die Reparationen zu zahlen, dann würde Hindin, der zweifellos ein wenig vorzeitig gesprochen hat, mit Recht haben feststellen können, daß die Lausanner Konferenz sich nicht mehr sehr rechtfertigen lasse. Nun scheint aber Dr. Brüning nicht soweit gegangen zu sein. Er hat keine revolutionäre Stellung eingenommen, sondern einfach eine Erklärung völliger Zahlungsunfähigkeit für den Augenblick und wahrscheinlicher Zahlungsunfähigkeit für die Zukunft abgegeben. Durch diese deutsche Geste wird nicht etwa der Reparationsgrundsatz, sondern der Grundsatz der Respektierung der Haager Abkommen mitten ins Gesicht getroffen. Das brauche, schreibt das Blatt weiter, nicht zu überraschen, denn seit Wochen habe man festgestellt, daß die Lausanner Konferenz nichts regeln könne, ohne den Rahmen des Young-Planes zu verlassen. Man müsse auf jeden Fall ganz Neues erreichen oder überhaupt nichts.

#### Keine Einigung

zwischen den englischen und französischen Sachverständigen

Paris, 12. Januar. „Petit Parisien“ schreibt, das gestern abend vom Finanzministerium über die französisch-englischen Sachverständigenverhandlungen ausgegebene Communiqué enthalte das Eingeständnis, daß Frankreich und England sich über eine Formel, die die Bestimmungen des Young-Planes aufrechtzuerhalten und dennoch Deutschland ein Moratorium zu bewilligen erlaube, nicht einigen konnten. Schwierigkeiten seien wegen der Dauer dieses Moratoriums entstanden. England wolle, um die Privatkredite zu begünstigen, ein möglichst langes Moratorium bewilligen, was Frankreich nicht zulassen könne, ohne in Zukunft die Young-Zahlungen und die Verbindung der Young-Zahlungen mit den Schuldzahlungen an die Vereinigten Staaten zu gefährden. Der englische Sachverständige Sir Keith Roß reist heute vormittag nach London zurück.

#### Hugenburgs Antwort an Brüning

Aufforderung zum Rücktritt

Berlin, 12. Januar. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Hugenberg, hat an den Reichstanzler einen Brief gerichtet, in dem es u. a. heißt, daß die Deutschnationale Volkspartei die Auffassung vertritt, daß die außenpolitische Stellung Deutschlands am meisten durch den Rücktritt der jetzigen Regierung gestärkt werden könne, deren Bergangeneit es ihr erschwere, dem Ausland gegenüber die Auffassung des deutschen Volkes mit dem nötigen Nachdruck zu vertreten. In der Reichsverfassung heiße es, daß die Wahl des Reichspräsidenten unbedingt vom Volke ausgehen habe. Dieses Recht auf den Reichstag zu übertragen, gehe nicht an, umso mehr, als der Reichstag in seiner heutigen Zusammensetzung nicht